



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# BürgerInnenbrief

21. Oktober 2015

Welcome am Hauptbahnhof +++ Flüchtlingsunterbringung +++ Verkehrsnachrichten +++ IOC & Stadtentwicklung +++

## Liebe Leserinnen und Leser,



Radtour zum Grasbrook, 20.9.2015 (Foto: M. Fisch)

aus unserer Sicht gibt es zwei beherrschende Themen im öffentlichen Diskurs, die sicher auch die nächsten Wochen noch maßgeblich prägen werden: die Flüchtlingsfrage und das Ende November anstehende Olympia-Referendum. Diesen Schwerpunkten sind auch in diesem BB erneut jeweils zwei bzw. drei Beiträge gewidmet. Dass auch andere Themen die Linksfraktion beschäftigen, versteht sich von selbst, in dieser Ausgabe schlägt sich das vor allem in den aktuellen »Verkehrsnachrichten« nieder.

Es läuft zurzeit für den SPD-GRÜNEN-Senat nicht gerade optimal, schon gar nicht hinsichtlich der angeführten Schwerpunkte. »Lage in den Flüchtlingscamps angespannt« hieß es im »Hamburger Abendblatt« am 15. Oktober auf der Hamburg-Seite 1, und die Überschrift »Flüchtlinge müssen auch im Winter in Zelten leben« auf der Titelseite dürfte ebenfalls kaum als Qualitätsmerkmal der gegenwärtigen Senatspolitik

durchgehen. Vergleichbares in der Olympia-Frage: Nach dem aufsehenerregenden Bericht des Rechnungshofes und dem in der Presse leider nur am Rande erwähnten kritischen Statement von Hamburger WissenschaftlerInnen bröckeln die Zustimmungswerte für die Olympia-Bewerbung. Wer hätte das vor zwei Monaten gedacht?

Wir bleiben jedenfalls dran ... und setzen nach. Der Landesverband der LINKEN präsentiert in Kürze sein flüchtlingspolitisches Alternativprogramm, die Linksfraktion stellt entsprechende Anträge auf Bürgerschaftsebene. Und im Schlusspurt wird DIE LINKE nochmals eine Reihe von NOlympia-Veranstaltungen durchführen oder unterstützen, an Dutzenden Schulveranstaltungen zum Thema teilnehmen und sich mit Plakaten, Flyern und anderen Materialien bemerkbar machen. Packen mer's!

Herausgeberinnen und Redaktion des BürgerInnenbriefs

# Flüchtlinge am Hauptbahnhof: Welcome!

Von Sylvia Wempner



Hamburg. Ein- und Auswandererstadt (Zeichnung: Birgit Kiupel)

Die Autorin des nachfolgenden Berichts ist seit Anbeginn in der St. Georger Refugee-Welcome-Initiative engagiert. Schwerpunkt des Einsatzes der Ehrenamtlichen ist der Empfang von alltäglich 500 bis 800 Flüchtlingen auf dem Hauptbahnhof, insbesondere auch die Organisation der hauptbahnhofnahen Unterbringung von einigen Hundert Menschen, die am nächsten Morgen überwiegend nach Schweden weiterreisen und sich von daher nicht in Deutschland bzw. Hamburg registrieren lassen wollen. Mit dem Ergebnis, dass die Stadt jegliche Unterstützung dieser großen Personengruppe seit Anbeginn unterlässt. Wir danken Sylvia Wempner für den Einblick in die unglaubliche, seit Wochen anhaltende Situation.

Wer den Hauptbahnhof passiert, sieht sie jeden Tag in der Wandelhalle: Hunderte Menschen, die seit Wochen auf der Flucht sind, aus Syrien, Irak, Albanien, Eritrea, Afghanistan, Tschetschenien, Kosovo. Menschen, die nach Hamburg kommen, um zu bleiben oder weiterzufliehen – insbesondere nach Schweden, Norwegen oder Finnland. Um die 500 kommen täglich, mal sind es 1000, mal nur 300. Manchmal stehen sie in kleinen Gruppen, manchmal in langen Schlangen: Familien, Großfamilien, Paare und Einzelpersonen, vor allem junge Männer. Sie haben fast nichts bei sich außer einem kleinen Rucksack, und nahezu alle haben Handys – das wichtigste Kommunikationsmittel, falls man sich verliert, und um mit den Daheimgebliebenen in Verbindung zu bleiben.

Auf dem Bahnhofsvorplatz sammeln sie sich um die beiden Zelte, das Versorgungszelt und das Sanitätszelt. Hier bekommen sie etwas zu trinken, zu essen, Zuspruch. Auch mal Schuhe, eine Decke oder eine warme Jacke – viele kommen in Sandalen und sind völlig unvorbereitet auf die kalten Herbst-

nächte. Im Sanitätszelt können sie untersucht und erstversorgt werden.

Nachts werden für die Menschen, die durchreisen und meist nur eine Nacht bleiben, Schlafplätze organisiert, und sie werden von HelferInnen dorthin begleitet: In die Moschee, ins Schauspielhaus, das Caritas-Haus, in Wohnprojekte und Privatquartiere. Keine Politik, keine Partei, keine Einzelorganisation steht dahinter. Es sind Freiwillige, Ehrenamtliche, NachbarInnen, Theatermensen, die das neben ihrer eigentlichen Arbeit tun. Sie betreuen, versorgen, unterstützen – und waschen täglich Berge von Bettwäsche für die nächsten Flüchtlinge.

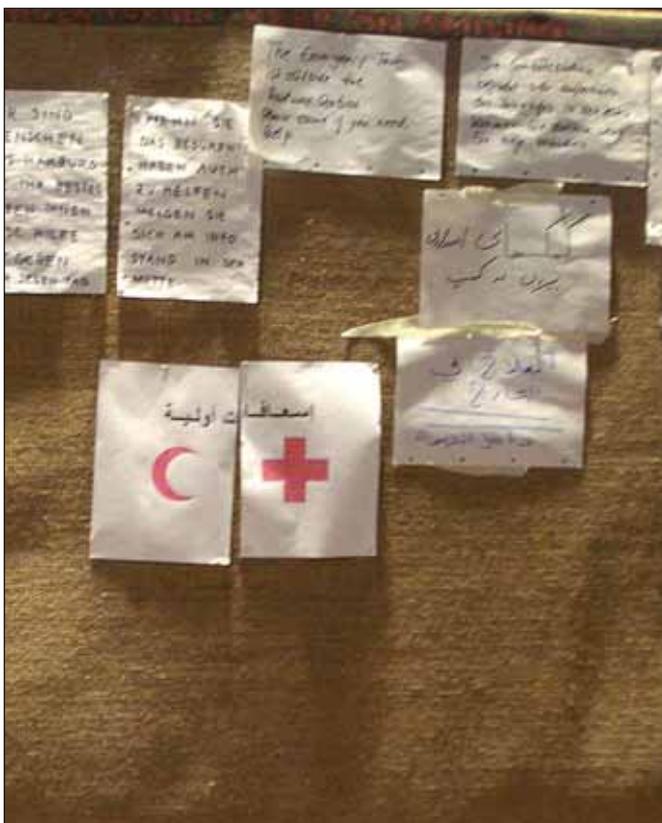
Der Info-Stand am Hauptbahnhof befindet sich direkt unter der Rolltreppe in der Wandelhalle. Circa acht Quadratmeter hat die Deutsche Bahn dem Koordinationsteam (das sind 19 Leute, die die Hilfe rund um die Uhr organisieren und seit Wochen beispielhaft solidarische, praktische Flüchtlingsarbeit leisten) zur Verfügung gestellt, Platz für eine Pritsche und zwei provisorische Tische aus Spanplatten. Hier gibt es Funkgeräte, gelbe und orangefarbene Westen, Schilder in Plastikhüllen, auf denen »Flüchtlingshilfe« steht, ein Schild an einem Besenstiel, darauf das Wort »Schweden«, jeweils in deutscher und arabischer Sprache, dazu eine Spendenbox und einen Laptop. Hier hängen Listen aus mit Adressen von ÄrztInnen und RechtsanwältInnen, dort ist die Tafel, in der die jeweiligen Helferinnen und Helfer eingetragen werden: fürs Versorgungszelt (das Sanitätszelt hat einen eigenen Träger: zunächst Falck e.V., jetzt der Paritätische Wohlfahrtsverband), für den Info-Stand, die Übernachtungszuständigkeit, das Abholen von den Zügen aus Richtung Süden, das Bringen zu den Zügen Richtung Norden am nächsten Morgen sowie zu Sonderfahrten in

Aufnahmelager anderer Bundesländer, und die Begleitfahrten nach Harburg ins Erstaufnahmelager für diejenigen, die bleiben wollen. Hier sind AnsprechpartnerInnen, die erste Informationen geben, Fragen beantworten, hier wird telefoniert – mit anderen Flüchtlingshilfegruppen in Flensburg, Kiel, Rostock, Schwerin und Lübeck, um zu erfahren, wie viele Flüchtlinge dort weiter betreut werden können, wie viele mit den jeweils nächsten Zügen kommen können. Hier werden Spenden abgegeben, Vorbeikommende bedanken sich für das, was hier getan wird, und geben mal 10, 20 oder gar 50 Euro. Einige wollen auch Kleidung abgeben, werden aber an die Messehallen verwiesen, am Hauptbahnhof ist einfach zu wenig Platz, hier wird nur wenig und gezielt ausgesuchte Kleidung für die Durchreisenden gelagert. Und hier sind Helferinnen und Helfer, die oft genug auch als Dolmetschende für die arabisch-, afghanisch- und iranischsprachigen Flüchtlinge tätig werden, refugee helpers, ohne die nichts ginge. 200 sind es inzwischen, einige helfen ein paar Stunden in der Woche, andere jeden Tag, bis zur Erschöpfung. Es sind SchülerInnen, StudentInnen, Auszubildende, RentnerInnen, Arbeitslose und Erwerbstätige aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen vom Monteur bis zum Friseur. Viele haben Migrationshintergrund oder waren vor kurzem noch selbst auf der Flucht, leben in Camps. Sie entwickeln hier großenteils enorme Fähigkeiten, arbeiten organisiert und strukturiert, bringen unglaubliches Potenzial mit, auch wenn der Ton manchmal rau ist und es vereinzelt zu Auseinandersetzungen kommt. Aber die Erfahrungen sind emotional auch belastend, man muss sich abgrenzen können, braucht viel Empathie, gleichwohl eine gesunde Distanz.

Die Helfenden holen die Flüchtlinge an den Zügen ab, heißen sie willkommen, bringen sie zum Info-Stand und zum Versorgungszelt. Sie schmieren rund um die Uhr Brote (1000 bis 2000 pro Tag), kochen Tee, geben Wasser, Brote, Suppe, Bananen, Hygieneartikel aus – alles aus Spenden von Einzelpersonen, Bäckereien, Supermärkten oder der Gruppe Welcome soup/Spielhaus St. Georgs Kirchhof, die jeden Tag verlässlich Suppen frisch zubereitet, aber auch gespendete Suppen aus den umliegenden Hotels holt und zum Versorgungszelt bringt. Sie betreuen die Flüchtlinge im Zelt, spielen mit den Kindern, halten Zelt und Vorplatz sauber, kümmern sich um den Müll. Helfen, soweit sie können, bei behördlichen und Meldefragen. Bringen die, die weiter nach Norden wollen, an die Züge, manchmal jede Stunde, begleiten ans richtige Gleis, suchen zwischen Ankunft und Abfahrt der Züge die ZugbegleiterInnen, die für den jeweiligen Zug verantwortlich sind, und sprechen mit ihnen. Ohne deren Einverständnis darf niemand einsteigen – die meisten Flüchtlinge haben keine Fahrkarten. Zwar gibt es Ausnahmen – einzelne ZugbegleiterInnen verweigern sich, erste Flüchtlingsgruppen wurden schon aus dem Zug geworfen –, aber anderes Zugpersonal verhält sich ausgesprochen solidarisch. Ein typischer Dialog: HelferIn: »Es sind etwa 60, in welchen Wagen dürfen sie?« ZugbegleiterIn: »Überall da, wo die Türen offen sind.« Zudem existiert ein Abkommen, nach dem die Deutsche Bahn Flüchtlingen Ersatztickets ausstellt, für die die Bundesregierung die Kosten übernimmt, aber die Entscheidung liegt letztlich beim Zugbegleiter. Die Flüchtlinge warten meist an der Mitte des Zuges und wenn das Okay kommt, muss es schnell gehen, mal heißt es dann in den letzten, mal in den ersten Wagen. Die Frauen klammern sich an ihre Männer, Kinder auf dem Arm oder fest an der Hand, zu groß ist die Angst, sich zu verlieren. Beim Einsteigen verabschieden sie sich, ältere Frauen küssen die Helferinnen, shukraan, afwan, danke, gern. Man winkt und hofft, dass die weitere Flucht nicht zu beschwerlich wird. Wie lange dauert es bis Schweden? Die Helfenden wissen es nicht. Mit Ticket, Pass und Reservierung zehn Stunden. Aber das funktioniert bei den Wenigsten. Oft müssen sie am Zielbahnhof drei, vier Tage warten, in Kirchen übernachten, bis sie eine Fähre bekommen oder einen Zug, der sie zu ihrem endgültigen Ziel bringt.

Ein Unterstützer sagte neulich: Es ist am Hauptbahnhof wie in einem Ameisenhaufen, es wirkt total chaotisch, aber irgendwie funktioniert alles. Ja, aber wie lange noch? Viele kommen an die Grenzen ihrer Kräfte. Und der Krieg in Syrien geht in eine weitere Stufe. Im Jemen tobt ein Bürgerkrieg, über den die Presse kaum berichtet, die ersten Menschen aus dem Jemen sind bereits am Hauptbahnhof angekommen. An der serbisch-mazedonischen Grenze spielt sich ein furchtbares Flüchtlingsdrama ab, die Hilferufe der dort Helfenden erreichen uns dieser Tage, die Flüchtlinge werden in unseren Winter kommen.

Diskussionen über alle politischen Einschätzungen hinweg betreffen das Unverständnis, dass EU-Staaten wie Polen und Ungarn erklären, sie würden nur Christen aufnehmen. Und dass Flüchtlingsarbeit zu Ende gedacht bedeutet, die Ursachen für Flucht zu bekämpfen, Ursachen, für die unsere Regierungen Mitverantwortung tragen. Krieg, Hunger, Not.



Flüchtlingshilfe am Hauptbahnhof (Foto: Anja Matzke-Schubert)

# Flüchtlingsunterbringung: Überblick verloren?

Von Joachim Bischoff



Winterfest? Flüchtlingsunterkunft in Hamburg, 25.7.2015 (dpa)

Die Zahl der Flüchtlinge ist im September in Hamburg weiter deutlich angestiegen. Insgesamt suchten im vergangenen Monat in der Hansestadt 10.100 Menschen Schutz. Seit Jahresbeginn bis Ende September 2015 verzeichnete das Einwohner-Zentralamt damit 35.021 neue Flüchtlinge (Vorjahreszeitraum: 8.774). Nach den bisherigen Regelungen bleibt nur ein Teil dieser Menschen für längere Zeit in Hamburg. Die Zahl der in der Hansestadt länger bleibenden Flüchtlinge stieg seit Jahresbeginn bis Ende September auf 13.179. Von diesen müssen 12.111 den amtlichen Angaben zufolge von der Stadt untergebracht werden (Vorjahreszeitraum: 4.429). Da in den zurückliegenden Monaten die Angebote bei öffentlicher Unterbringung eher restriktiv entwickelt wurden, muss der Stadtstaat bei der Unterbringung von Flüchtlingen auch auf Container und Zelte zurückgreifen. Aktuell sind ca. über 3.000 Zuflucht-suchende in Zelten einquartiert. Alle Zelte mit insgesamt gut 4.100 Plätzen seien inzwischen beheizbar, teilte die Behörde mit. Viele dieser Zelte seien allerdings nicht wirklich für den Winter geeignet. Sie sollen in den nächsten Wochen ausgetauscht werden – vor allem gegen Holzbauten.

Um die weiter steigenden Flüchtlingszahlen zu bewältigen, hat Hamburg in den letzten Wochen und Monaten viel Geld in die Hand genommen. Allein im September gab der Senat für sechs Standorte fast 50 Mio. Euro aus. Teuerste Anschaffung war die Zentrale Erstaufnahme am Bargkoppelstieg. Die Fläche kostete 12,75 Mio. Euro, auf dem ehemaligen Globetrotter-Gelände entstanden 1.500 Schlafplätze in einem festen Gebäude und in Wohncontainern.

Das Wichtigste sei es im Moment, Obdachlosigkeit zu vermeiden, meint Bürgermeister Scholz. »Wir werden vielen vieles abverlangen. Auch den Flüchtlingen. Sie werden sich darauf einstellen müssen, noch längere Zeit in den großen Massenunterkünften zu bleiben.« Und nicht nur das: 4.100

Plätze in der Zentralen Erstaufnahme sind in Zelten angesiedelt. »Es wird mit Hochdruck daran gearbeitet, diese Plätze zu ersetzen oder winterfest zu machen«, verspricht Scholz. Das heißt im Klartext: Aus dem Abbau aller Zeltunterkünfte bis zum Winter wird wohl nichts. Ein Teil der Menschen wird in Zelten den Winter verbringen müssen.

Nach etlichen Monaten der Improvisation hat auch die Hamburger Regierungskoalition begriffen, dass eine behördenübergreifende Koordination unverzichtbar ist. Ziel ist es, eine leistungsfähige Struktur in der Administration zu schaffen und diese weiterzuentwickeln, welche die notwendigen Kapazitäten in der erforderlichen Geschwindigkeit bereitstellt. Darüber hinaus soll die Koordination der weiteren mit der Integration der Flüchtlinge zusammenhängenden Themen – wie Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheitsversorgung – mit einbezogen werden. Man kann nur hoffen, dass auch der Kooperation mit den Organisationen und Kräften der Zivilgesellschaft entsprechendes Gewicht eingeräumt wird.

Die Herausforderung besteht seit dem Frühjahr darin, die Aufgaben im Bereich der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung an die sich ständig verändernde Situation anzupassen. In jedem Monat dieses Jahres kamen mehr Schutz-suchende nach Hamburg als im Vormonat. Das hat alle Planungen über den Haufen geworfen. Noch 2011 gab es in der Erstaufnahme nur 400 Plätze. Jetzt stehen dafür rund 16.800 Plätze an 26 Standorten zur Verfügung, davon allerdings 4.100 in Zelten. Hinzu kommen noch einmal 14.700 Plätze in öffentlich-rechtlicher Unterbringung, von denen derzeit rund 2.650 von Wohnungslosen genutzt werden. Das sind über 30.000 Plätze (Ende 2014: 13.000) in der Erstaufnahme und der Folgeunterbringung.

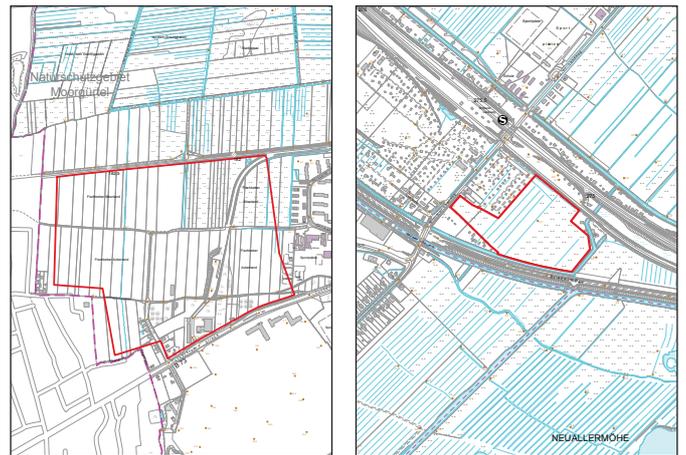
Damit hat es in den letzten Monaten eine dramatische Verschiebung im Verhältnis von Erstaufnahme- und Folgeun-

terbringungsplätzen gegeben. Ende März gab es erst 4.809 Erstaufnahme- und 12.085 Folgeunterbringungsplätze (Ende Februar). Während bis heute 12.000 zusätzliche Erstaufnahmeplätze geschaffen wurden, blieb der Zuwachs bei der Folgeunterbringung mit zusätzlichen 2.600 Plätzen eher bescheiden. Selbst wenn ein größerer Teil der Schutzsuchenden, die sich jetzt in der Erstaufnahme befinden, auf andere Bundesländer umverteilt wird, stellt sich die Frage, wo die in Hamburg verbleibenden unterkommen sollen. Und was ist mit denen, die noch kommen werden? Da man davon ausgehen muss, dass die Zahl der Schutzsuchenden, die nach Hamburg kommt, in den nächsten Monaten hoch bleibt, ist bis Ende des Jahres mit insgesamt mindestens 50.000 Zufluchtssuchenden zu rechnen.

Das Versprechen des Senats zur Verbesserung dieser Situation: »Um weitere Entlastung zu schaffen, werden wir allein in 2016 insgesamt 5.600 Wohnungen zusätzlich bauen – über alle Bezirke verteilt.« Dort will man Flüchtlingsunterkünfte bauen, die, weil mit mindestens fünf Personen belegt, etwa 30.000 Schutzsuchenden ein Dach über dem Kopf bieten. Aber was passiert bis zu deren Fertigstellung im Laufe des Jahres 2016? Wo will man die Schutzsuchenden bis dahin unterbringen? In noch mehr Massenunterkünften? In noch mehr Zelten? Dann doch in »aktiv genutzten Turnhallen und Sportplätzen«, was der Senat bisher zu vermeiden suchte? Und reichen die 5.600 Wohnungen angesichts der immer noch hohen Zahl an neuen Zufluchtssuchenden überhaupt aus?

Die Einrichtung eines Zentralen Koordinierungsstabs war überfällig. Zu hoffen bleibt, dass diese Verwaltungsebene endlich auch das Problem der mittelfristigen Entwicklung angeht. Hamburg muss bis zum Frühjahr 2016 die öffentliche Unterbringung auf rund 50.000 Plätze erweitern und dazu eine entsprechende Infrastruktur aus- und aufbauen, d.h. neben Verpflegung und medizinischer Versorgung auch ein ausreichendes Angebot an pädagogischen und sozialkulturellen Entwicklungsmöglichkeiten schaffen. Dem Bau von Unterkünften muss höchste Priorität eingeräumt werden und das Wohnbauprogramm für Flüchtlinge massiv aufgestockt werden. Die Ressourcen dafür sind durchaus vorhanden, wie der erste Bürgermeister selber einräumt: »Bei aller Dramatik mancher Situation müssen wir uns davor hüten, in den Gestus des Notstands zu verfallen.« Die Stadt sei gut vorbereitet – auch finanziell. »Wir wissen in diesem Zusammenhang, dass noch ganz erhebliche finanzielle Belastungen auf uns zukommen werden, für die wir bereits mit einer Reserve im Haushalt Vorsorge getroffen haben. Zusätzlich hilft, dass die Länder jetzt bis zur BAMF-Entscheidung [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge] pro Asylbewerber monatlich 670 Euro vom Bund erhalten. Das ist eine wichtige Vereinbarung, um die unmittelbaren Kosten zu schultern.«

Der ungebrochene Zustrom von Flüchtlingen stellt Hamburg nicht nur vor enorme organisatorische Probleme, z.B. bei der Schaffung von Unterkünften, sondern ist zweifellos in finanzieller Hinsicht auch eine Herausforderung. Das zentrale Problem ist allerdings das Volumen der zusätzlichen Ausgaben, denn das Geld ist vorhanden. Nachdem Hamburg schon



z.B. Neugraben u. Billwerder: Flächenerkundungen

2014 einen Haushaltsüberschuss von mehr als 400 Mio. Euro erzielt und damit vor allem Schulden getilgt hatte, lag der Etat per 31. Mai 2015 schon wieder mit 360 Mio. Euro im Plus. Am Jahresende wird auf jeden Fall wieder ein Überschuss im hohen dreistelligen Millionenbereich stehen. Der Haken daran: Die Stadt darf dieses Geld nicht ausgeben.

Wie das? Während in anderen Bundesländern die Schuldenbremse faktisch schon massiv durchlöchert wird, hält Hamburg an seiner selbstverschuldeten Fesselung fest. Der Grund: das Finanzrahmengesetz, das 2012 von der SPD beschlossen wurde. Es legt bis zum Jahr 2020 Ausgaben-Obergrenzen fest, an die sich der Senat zu halten hat. Will er doch mehr ausgeben, muss die Bürgerschaft erst das Gesetz ändern und neue Obergrenzen festlegen. Der Beschluss wäre in der Bürgerschaft einfach herbeizuführen. Faktisch betreibt dieser Senat aber eine Politik der Verschärfung der sozialen Spaltung: Alle Mehrausgaben für Flüchtlingsversorgung werden durch Umschichtungen im Haushalt aufgebracht. Logischerweise führt dies zu einer Verschärfung der Kürzungspolitik. Grund dieser freiwilligen Selbstbeschränkung ist das Ziel, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse von 2020 an sicher einhalten zu können.

Was also macht der Senat? Er will die (noch zu niedrig angesetzten) Mehrkosten für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen (es geht jeweils insgesamt um etwa 600 Mio. Euro in den Jahren 2015 und 2016) durch Umschichtungen aus dem Haushalt finanzieren. Das bedeutet konkret Streichungen etwa im Haushalt für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Mit dieser Logik wird die breite Akzeptanz der gesellschaftlichen Anstrengung bei der Flüchtlingsbetreuung untergraben.

Die Alternative: Die erforderlichen Mittel werden durch die zusätzlichen Steuereinnahmen der Stadt in diesem Jahr finanziert. Diese Einnahmen müssen für diese bedeutende Aufgabe und Herausforderung genutzt werden dürfen! Der Senat wird aufgefordert, das Finanzrahmengesetz und andere gesetzliche Hemmnisse so zu verändern, dass zusätzliche Steuereinnahmen u.a. für diese besondere Herausforderung, insbesondere auch den (zügigen) Bau von Flüchtlingswohnungen und die deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, genutzt werden können.

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Die Bundestags-LINKE betreibt seit zwei Legislaturperioden ihr **rotes Projekt für einen sozialökologischen Umbau**, genannt **Plan B**. Es geht dabei um konkrete Utopien für das Jahr 2050. Für den Plan B-konkret-Bereich Mobilität ist jetzt eine neue Broschüre erschienen. Sie trägt den Titel **Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr: Eine Offensive für sozialökologische Mobilität und Lebensqualität** und steht zum Download bereit unter: [www.linksfraktion.de/broschueren/?s=2#anker](http://www.linksfraktion.de/broschueren/?s=2#anker). Gedruckte Exemplare können auch kostenfrei über [sabine.leidig.ma07@bundestag.de](mailto:sabine.leidig.ma07@bundestag.de) bestellt werden. Weitere Infos und Materialien finden sich hier: [www.solimob.de/index.php/nulltarifsozialticket](http://www.solimob.de/index.php/nulltarifsozialticket).



Neueste Zahlen über den oft zitierten **demographischen Wandel** hat die – nicht ganz unumstrittene – Bertelsmann-Stiftung im Juli vorgelegt. Darin verarbeitet sind die Daten aus der aktualisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahre 2030. Hamburg wird danach von 2012 bis 2030 ein Bevölkerungswachstum von 7,5% erfahren. Wer mehr wissen will, guckt hier: [www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/demographischer-wandel-verstaerkt-unterschiede-zwischen-stadt-und-land/](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/demographischer-wandel-verstaerkt-unterschiede-zwischen-stadt-und-land/). Was mensch von der Verlässlichkeit solcher Hochrechnungen halten kann, lässt sich u.a. daran ablesen, dass die seitdem hinzugekommenen Flüchtlinge nicht berücksichtigt worden sind.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe** warnt vor einer weiteren, drastischen Zunahme der Wohnungslosigkeit in Deutschland. Die Zahl der Menschen ohne Dach über dem Kopf sei von 2012 auf 2014 um 18%, d.h. auf inzwischen 335.000 Betroffene gestiegen. Die Zahl der Obdachlosen wird mit 39.000 angegeben, eine glatte Verdopplung seit 2012. Mehr unter [www.tagesschau.de/inland/wohnungsnot-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/wohnungsnot-101.html).



Zum Kongress **Etwas Besseres als Olympia** laden das Anti-Olympische Komitee, der AStA der Universität Hamburg und das NOlympische Netzwerk Hamburg am **Freitag, den 23. Oktober, bis Sonntag, den 25. Oktober**, ein. Zweieinhalb Tage gibt es die Chance, »sich mit fundierten Fakten, Argumenten und Positionen gegen olympische Spiele« auseinanderzusetzen. »Wir wollen mit euch einen Kongress gestalten«, so die Veranstalter, »der am Freitagabend die Diskussion mit anti-olympischen MitstreiterInnen aus Boston, Krakau, München, Paris, London und Hamburg sucht, am Samstag die verschiedenen Kritiklinien an den »Spielen« bearbeitet (u.a. die Kritik des IOC mit Jens Weinreich oder die Kritik an der systemischen Kostenexplosion bei Mega-Events mit Prof. Dr. Martin Müller) und am Sonntag »Etwas Besseres als Olympia« mit Leben füllen möchte, mit Aktiven aus der sozialen Bewegung Hamburgs«. Mehr Infos

und Anmeldung hier: [www.nolympia-kongress.de](http://www.nolympia-kongress.de); als Facebook-Veranstaltung unter: [www.facebook.com/events/1637777959841516/](http://www.facebook.com/events/1637777959841516/)

Was können städtebauliche Erhaltungsverordnungen zur Bewahrung des Hamburger Stadtbildes beitragen? Diese Frage wirft der Verein **Freunde der Denkmalpflege e.V.** auf einer Diskussionsveranstaltung am **Dienstag, den 27. Oktober**, um 19.00 Uhr in der Freien Akademie der Künste (Klosterwall 23) auf. **Stadt gestalten – Stadt erhalten**, so der Titel dieser Podiumsdebatte, an der folgende Personen teilnehmen: Cordula Ernsing (Stadt- und Landschaftsplanerin im Bezirksamt Hamburg-Nord), Monika Grubbauer und Dirk Schubert (beide HafenCity Universität), Andreas Kellner (Landeskonservator Hamburg), Eiko Wenzel (Stadtbildpfleger, Flensburg) und Jörn Walter (Oberbaudirektor). Moderiert wird diese – eintrittsfreie – Veranstaltung von Helmuth Barth (Denkmalverein).



Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag lädt in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung am **Freitag, den 30. Oktober**, ein zu einer Tagung unter dem Motto **Gemeinnützigkeit versus**

**Profitmaximierung: Für eine neue soziale Wohnungspolitik.** Tagungsort ist die Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern beim Bund in Berlin (In den Ministergärten 3). Die Veranstaltung beginnt um 11.00 Uhr mit einem Grußwort der bau- und wohnungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Heidrun Bluhm. Sprechen werden u.a. der Stadtsoziologe Andrej Holm und der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten. »Feierabend« ist um 15.00 Uhr.

Olympische Spiele in Hamburg – Chancen und Risiken  
Eine Entscheidungshilfe für das Referendum



Die traditionsreiche Patriotische Gesellschaft lädt ein zur Podiumsdiskussion unter dem Titel **Olympische Spiele in Hamburg – Chancen und Risiken**. Diskutieren werden am **Montag, den 2. November**, ab 18.30 Uhr im Gebäude der Patrioten (Trostbrücke 4-6) Dirk Ahrens (Leiter des Diakonischen Werks), Michael Neumann (Innen- und Sportsenator), Michael Rothschuh (NOlympia-Initiative Hamburg, siehe seinen Beitrag in diesem BürgerInnenbrief, S. 9-12) und Hans-Jürgen Schulke (ehemaliger Sportamtschef in Hamburg), moderiert von Margit Bonacker (Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung). Anmeldungen bis zum 26. Oktober unter [info@patriotische-gesellschaft.de](mailto:info@patriotische-gesellschaft.de). Mehr unter [www.patriotische-gesellschaft.de](http://www.patriotische-gesellschaft.de).

Um **Griechenland unter dem Diktat des 3. Memorandums** geht es auf einer Veranstaltung der »Solidaritätsgruppe Griechenland« am **Dienstag, den 27. Oktober**, um 19.00 Uhr in der Ex-HWP (Von-Melle-Park 9). ReferentInnen an diesem Abend sind Angela Müller und Paraskevi Grekopoulou (beide Solidaritätsgruppe Griechenland) sowie Kalliopi Brandstätter (Förder- und Freundeskreis der Solidaritätsklinik Elliniko). Der Eintritt ist frei.

»Auf einer Friedenskonferenz will DIE LINKE in Hamburg mit allen Ininteressierten die derzeitige internationale Situation in Bezug auf Krieg und Frieden analysieren und beraten, wie die Kriegstreiberei zu stoppen ist und welche Maßnahmen zur Friedenssicherung ergriffen werden müssen«. Mit diesen Worten leitet der Hamburger Landesverband der LINKEN (Landesarbeitsgemeinschaft Frieden und internationale Politik) seine Einladung zur **Hamburger Friedenskonferenz** ein, die am **Sonntag, den 8. November**, von 10.00 bis 18.30 Uhr im Curiohaus (Rothenbaumchaussee 15) stattfindet. Zu den ReferentInnen gehören Norman Paech, Werner Ruf, Rainer Rupp, Kai Ehlers, Wolfgang Gehrcke, Joachim Guilliard, Christine Buchholz, Otfried Nassauer und Jan van Aken.

**Sichere Herkunftsstaaten? Nicht für Roma!** – Unter diesem Titel lädt die linke Bürgerschaftsfraktion am **Dienstag, den 10. November**, ein zu Vortrag und Diskussion mit dem Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech. Dieser hat in einem Gutachten nachgewiesen, dass die Einstufung der Westbalkanstaaten als »sichere Herkunftsstaaten« europäisches Recht und deutsches Verfassungsrecht verletzt. Die Moderation der um 18.30 Uhr im Kaisersaal des Rathauses beginnenden Veranstaltung obliegt Christiane Schneider.



Ein **flüchtlingspolitisches Hearing zu den Bereichen Unterbringung, Gesundheit, Bildung** veranstaltet die Bürgerschafts-LINKE am **Freitag, den 13. November**. Eingeladen sind Geflüchtete und Haupt- und Ehrenamtliche, die mit Geflüchteten arbeiten. Die Veranstaltung im Haus des Alternativen Wohlfahrtsverbandes Sozial & Alternativ, SOAL e.V. (Große Bergstraße 154) beginnt um 16.00 Uhr, ab 15:30 gibt es Gelegenheit zu informellem Austausch bei Kaffee und Kuchen. Um 19.00 Uhr endet das Hearing mit einem »offenen Austausch bei Suppe und Brot«. Um Anmeldung wird gebeten: [surya.stuelpe@linksfraktion-hamburg.de](mailto:surya.stuelpe@linksfraktion-hamburg.de)

Eine kostenfreie Informationsveranstaltung zu **Bodenrichtwerten** – dem Heiligsten aller kapitalistischen Bodenpolitik – führt der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Hamburg am **Donnerstag, den 19. November**, von 9.00 bis 13.00 Uhr im Konferenzraum der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW), Neuenfelder Straße 19) durch. Diese Veranstaltung richtet sich an die »Fachöffentlichkeit«, doch sind wir angesichts unserer Betroffenheit von steigenden Grundstückspreisen und damit verbundenen Mietensteigerungen nicht alle Fachleute? Anmeldungen sind »mit Angabe von Name und Firma/Behörde« zeitnah an den Veranstalter zu richten: [gutachterausschuss@gv.hamburg.de](mailto:gutachterausschuss@gv.hamburg.de).

Bereits bis zum 20. November heißt es, sich für die Teilnahme zur **Regionalkonferenz 2015** unter dem Titel **Wohnen mit Zukunft. Wohnungsmärkte und Siedlungsentwicklung in der Metropolregion Hamburg** anzumelden. Sie findet am **Mittwoch, den 2. Dezember**, von 9.00 bis 16.30 Uhr im Hamburger Rathaus statt. Neben den Auftritten u.a. von Bürgermeister Olaf Scholz und der Stadtsoziologin Prof. Dr. Ingrid Breckner wird nachmittags in Foren zu »Strategien im Hamburger Wohnungsmarkt« sowie zu den Themen »Urbanes Wohnen«, Vom Wachsen und Schrumpfen« sowie zur Frage »Wer soll das bezahlen?« diskutiert. Veranstalter ist die Metropolregion Hamburg, Anmeldungen sind an diese Mailadresse zu richten: [info@metroplregion.hamburg.de](mailto:info@metroplregion.hamburg.de).

## Die Verkehrsnachrichten ...

Von Heike Sudmann



Foto: Wikipedia

... fallen diesmal kurz aus. Olympia und die Flüchtlingspolitik fordern leider ihren Tribut, die anderen wichtigen Themen stehen momentan hinten an.

### Die Fahrpreiserhöhungen im HVV

verkommen zu einem miesen jährlichen Ritual. Egal, wie sich die Fahrgastzahlen entwickeln, wie die Einnahmen des HVV steigen – den Fahrgästen wird wieder tiefer in die Tasche gegriffen. Seit Jahren versucht die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, den Automatismus der jährlichen Fahrpreiserhöhungen aufzuhalten. Doch alle Argumente, angefangen mit der umweltpolitisch notwendigen Verlagerung des Autoverkehrs auf den ÖPNV (bzw. auf den Umweltverbund von Fuß, Rad, Bus und Bahn) über die wesentlich höheren Folgekosten des Autoverkehrs bis hin zu den unsozialen Fahrpreisen, werden vom Tisch gewischt. Unsere Forderungen nach einer Senkung der Fahrpreise und dem Einstieg in einen fahrscheinlosen und somit für die NutzerInnen kostenlosen ÖPNV werden als Utopie abgetan. Und das von denjenigen, die bereit sind, für Olympia die Milliarden geradezu aus dem Fenster zu schmeißen.

### Der Ausbau des U-Bahn-Netzes

wurde im Frühjahr 2014 von der damals noch alleinregierenden SPD als Alternative (bzw. als alternativlose Planung) zur Stadtbahn propagiert. Seitdem laufen Planungen, die alle halbe Jahre mit einem großen Aufwand und einer Pressekonzferenz als Fortschritt verkauft werden. Bei genauerer Betrachtung ist jedoch festzustellen, dass nicht nur der Zeitplan hinkt, sondern auch Ankündigungen hinten runterfallen. War im Frühjahr 2014 noch von der Verlängerung der U-Bahn von den Elbbrücken über die Veddel bis nach Wilhelmsburg die Rede, ist diese Idee mittlerweile gestrichen. Auch im Zusammenhang mit Olympia gibt es keine Zusage für eine U-Bahn zur Veddel und auf die Elbinsel. Es heißt zwar immer, mit Olympia würde die Infrastruktur verbessert, doch das trifft auch bei U- und S-Bahn nicht zu. Es wird kein einziger Kilometer Schiene mehr gebaut, mit Ausnahme der 1,6 km von den Elbbrücken zum Olympiastandort Kleiner Grasbrook. Na toll.

Unglaublich finde ich hingegen, dass mehr als 40 Jahre nach dem Bau des Osdorfer Borns und dem Versprechen einer baldigen U-Bahn-Anbindung die Menschen dort schon

wieder vertröstet werden. Hieß es noch im Koalitionsvertrag 2015, die neue U5 solle möglichst in Bramfeld und Osdorfer Born zeitgleich geplant und gebaut werden, wird nun der Osdorfer Born wieder ausgeklammert. Hier wird voraussichtlich Anfang 2016 erst über eine Machbarkeitsuntersuchung entschieden. Doch auch dieser vage Termin steht schon wieder infrage. Denn der Senat hat in seiner Pressemitteilung vom 29. September 2015 mit dem Titel »U-Bahn-Erweiterungspläne konkretisieren sich« im letzten Absatz mitgeteilt: »Die genannten Termine stehen unter dem Vorbehalt optimaler Planungs-, Genehmigungs- und Bauabläufe. Sie sind auch davon abhängig, in welchem Umfang Planungskapazitäten für die Olympischen Spiele benötigt werden.« Eine Beschleunigung der Schienenanbindung für den Osdorfer Born kann nur stattfinden, wenn nicht anderen Vorhaben immer wieder Vorrang eingeräumt wird. In diesem Fall ist es die angeblich so wichtige Bewerbung für Olympia. Mal abgesehen davon, dass es viele Gründe gibt, die Bewerbung Hamburgs abzulehnen,

für die OsdorferInnen gibt es einen zusätzlichen Grund. Bekommt Hamburg den Zuschlag für die Olympischen Spiele, wird es mit der U-Bahn noch länger dauern.

### Für den Fahrradverkehr

gibt es immerhin eine positive Meldung, bei der ich sogar mal den Senat loben muss. Für die neugeschaffene Stelle der Radverkehrskordinatorin wurde die Radverkehrsexpertin und frühere Vorsitzende des ADFC Hamburg, Kerstin Pfaue, ausgewählt. Ganz ohne Parteibuch, dafür aber mit viel Verwaltungs- und Behördenerfahrung wurde hier eine Spitzenposition mit einer Fachfrau besetzt.

Damit hat es sich aber auch schon mit dem Lob des Senats. Eine wirkliche Förderung des Radverkehrs würde offensiver sein: viel mehr Radstreifen auf die Straße, Tempo 30 auf den Straßen als Regelgeschwindigkeit, Abschaffung der Bettelampeln – doch den Konflikt mit der Autolobby scheut auch der rot-grüne Senat.

## Stadtentwicklung unter dem Regime des IOC

Von Michael Rothschuh



»Schöne« neue Olympia-Welt auf dem Kleinen Grasbrook

Wenn dieser BürgerInnenbrief erscheint, sind es nur noch gut fünf Wochen bis zum Olympia-Referendum am 29. November 2015. Deshalb gibt es im Folgenden zwei Beiträge zum Thema: einen Artikel von Michael Rothschuh, Aktivist im NOlympia-Bündnis, zum Vertragsgebaren des IOC und der Unterwerfung der Stadt Hamburg sowie einen von Heike Sudmann zu erfreulichen Entwicklungen.

Rechtzeitig zum Abgabetermin am 15. September hat der Erste Bürgermeister die Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Hamburg 2024 unterzeichnet. Man wolle sein Bestes tun für eine Organisation der Spiele auf höchstem Standard unter der Führung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). Man sei gut vorbereitet und akzeptiere den vom IOC vorgegebenen Bewerbungsprozess. In der Tat hatte

Hamburg bereits im April einen mit 2.987.562,00 Euro vergüteten Vertrag mit Albert Speer u.a. geschlossen, der vor allem die Erstellung des Mini Bid Books zum Herbst 2015 vorsah.

»Wer bei mir Führung bestellt, bekommt sie auch«, hat Olaf Scholz seiner Partei und Koalition ins Stammbuch geschrieben. Nun zeigt das IOC schon einen Tag nach der Abgabefrist, was es unter Führung versteht: Es stellt den Bewerbungsprozess komplett um: Das berühmte Mini Bid Book und das Maxi Bid Book gibt es nicht mehr, auch keine Selektion von Kandidaten aus den Bewerbern im Frühjahr 2016, mit der bisher der Termin des Referendums begründet wurde. In der Regel bleibt eine Stadt, die sich beworben hat, Kandidatin bis zur Entscheidung durch das IOC im September 2017.

Grund für die Umstellung war, dass für die Winterspiele 2022 nach der Absage von Oslo und München nur noch zwei Kandidaten, nämlich Peking und Almaty, übrig blieben. Das IOC hat eine starke Stellung gegenüber den möglichen Gastgeberstädten, solange zwischen ihnen ein »Wettlauf« inszeniert werden kann, bei dem sich die erwählte Stadt als Sieger fühlt. Blicke nur ein möglicher Kunde, müsste der IOC um diesen werben und einen Vertrag aushandeln, statt ihn zu diktieren.

**1. »Die letzte Autorität liegt bei dem IOC« – das Vertragspaket**

Veröffentlicht wurde nicht etwa der endgültige Host City Vertrag für 2024, sondern »Prinzipien« eines solchen Vertrags, für die bereits ein Update angekündigt ist.

	Olympic Charter mit seit August 2015 geltenden Änderungen: 110 Seiten	
Sept. 2015 bis Sept. 2017	Candidature Process Olympic Games 2024: 52 Seiten	Candidature Questionnaire Olympic Games 2024: 137 Seiten
Sept. 2017 bis 2024	Host City Contract-Principles (HCC): 41 Seiten	Host City Contract Operational Requirements: 275 Seiten

Hinzu kommen der IOC-Code of Ethics und eine Vielzahl von »Olympic Games Guides«, die nicht auf den Internetseiten des IOC zu finden sind. Diese treten offenbar an die Stelle der »Technical Manuals« der bisherigen Verträge. Viel kürzer und übersichtlicher werden die Texte also nicht, aus denen man sich die geltenden Regeln erarbeiten muss. Rechtlich verbindlich sind zudem nur die englischen oder französischen Textfassungen. Die Olympische Charta ist eine Art Grundgesetz des IOC. Es geht in 61 Rules und einer Unzahl von Bylaws, die schnell verändert werden können, um die Institutionen wie das IOC, die Internationalen Sportverbände (IF) und die Nationalen Olympischen Komitees (NOK), dessen Rolle in Deutschland der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) übernommen hat. Weitere Kapitel betreffen die Prinzipien der Olympischen Bewegung, die Durchführung der Olympischen Spiele sowie Sanktionen und Konfliktlösungsmöglichkeiten. Im Zentrum steht die Sicherung der Monopolstellung des IOC, wie sie in Regel 58 ausgedrückt wird: »Die letzte Autorität zu allen Fragen bezüglich der Olympischen Spiele liegt bei dem IOC.«



Grasbrooktour 2015 (M. Fisch)

Der Gastgeberstadtvertrag (HCC) wird 2017 formal zwischen dem IOC auf der einen Seite und der ausgewählten Stadt zusammen mit dem NOK des Gastgeberlandes auf der anderen geschlossen. Der Rechnungshof hat insbesondere angesichts der in der Charta Rule 36.1 – unverändert – enthaltenen gesamtschuldnerischen Haftung durch die Gastgeberseite gefordert: »Die mit Abgabe einer Bewerbung verbundene Verpflichtung der Gastgeberstadt, einen Vertrag mit dem IOC abzuschließen, darf nicht bedeuten, dass der Vertragsinhalt einseitig und unverhandelbar vom IOC vorgegeben wird.« Die Hamburger Verwaltung dagegen verteidigt das Diktat des IOC: »Um gleiche Bedingungen für die Bieter zu schaffen, sei der Vertragstext für alle Bewerberstädte gleich. Er sei nicht individuell verhandelbar, lasse aber bei der Konzeptgestaltung Freiraum.« (Hamburger Rechnungshof 2015, S. 36 und 42)

Die zu dem HCC gehörenden Operational Requirements beziehen sich auch auf die technische Durchführung der Olympischen Spiele. Aber darüber hinaus geht es wie in der Olympischen Charta und den Gastgeberverträgen wesentlich um die Absicherung (1) des IOC-Monopols auf die Durchführung sowie Namens- und Symbolrechte der Olympischen Spiele, (2) der Wirtschaftswerbung und der Privilegien der »TOP-Partner« wie Coca Cola, McDonald's und Dow Chemical, sowie (3) der Fernsehrechte. Denn aus diesen Quellen vor allem finanziert das IOC sich selbst und auch den eigenen Anteil an den Spielen: 25% der 1,7 Mrd. Dollar, auf die das IOC seinen Beitrag für die Spiele nicht etwa garantiert, sondern lediglich schätzt, sollen aus der Werbung erwirtschaftet werden, 70% aus dem Bereich von Fernsehen und Rundfunk. Damit sind auch die Gastgeberstädte ökonomisch an die wirtschaftlichen IOC-Interessen gekoppelt.

**2. Der Host City Vertrag wirkt schon jetzt.**

Bevor HCC und die Operational Requirements ab September 2017 in Kraft treten können, gelten seit der Bewerbung am 15. September der Candidature Process für die Olympischen Spiele sowie ein Questionnaire mit konkreten Terminen und Aufgaben für die Kandidatenstädte (siehe die Tabelle auf der folgenden Seite).

Bereits vor dem Referendum, bis zum 16. Oktober 2015, soll der Bürgermeister, gleichzeitig mit der Überweisung von 50.000 \$ Bearbeitungsgebühren, erklären, dass Hamburg »in allen Aspekten alle Regeln der Olympischen Charta sowie alle anderen Regelungen, Anweisungen und Bedingungen einhält, die vom IOC Vorstand aufgestellt werden«. Zudem soll jeder Disput, der im Zusammenhang mit der Kandidatur auftritt, un-

IOC-Stufen	Hamburg und der IOC
Stufe 1 (Sept. 2015 bis Juni 2016) Vision, Konzept der Spiele, Strategie	15.9.2015: Bewerbung
	16.10.2015: Unterschrift unter Kandidaturprozess und Bedingungen; 50.000 \$ Gebühren an den IOC für Stufe 1
	6.1.2016: Sicherung der Marke »Hamburg 2024«
	17.2.2016: Abgabe Bericht Teil 1 mit 7 Garantien
	IOC-Evaluations-Kommission analysiert Dokumente
Stufe 2 (Juni bis Dez. 2016) Steuerung, Recht und Finanzierung der Spielstätten	IOC bestätigt Übergang in Stufe 2 oder lehnt sie ab.
	Juli 2016: 50.000 \$ Gebühren für Stufe 2
	7.10.2016: Abgabe Bericht Teil 2 mit 37 Garantien, u.a. zu den Themen Recht, Marketing, Finanzen, Spielstätten, Olympisches Dorf, Transport
	IOC-Evaluations-Kommission analysiert Dokumente
Stufe 3 (Dez. 2016 bis Sept. 2017) Auslieferung und Legacy der Spielstätten, Erfahrung der AthletInnen	IOC bestätigt Übergang in Stufe 3 oder lehnt sie ab
	Jan 2017: 150.000 \$ Gebühren für Stufe 3
	3.2.2017: Abgabe Bericht Teil 3 mit 7 Garantien
	Juli 2017: IOC-Evaluations-Kommission veröffentlicht Bericht
Sept. 2017 in Lima, Peru	IOC entscheidet über Ausrichterstadt

ter Ausschluss jedes anderen Gerichts endgültig vom »Court of Arbitration for Sport« in Lausanne entschieden und anschließend Schweizer Recht angewendet werden.

Im Juni und Dezember 2016 kann eine Bewerberstadt nach einem Evaluationsbericht ausgeschlossen werden mit dem freundlichen Hinweis: »Bewerben Sie sich gerne in vier Jahren wieder«. Hamburg kann dies z.B. dann passieren, wenn es die Umgestaltung des Hafengebiets in ein Olympiagelände mit einem neuen Stadtteil in der Zeit von September 2017 bis zum Sommer 2024 nicht glaubhaft garantieren kann.

Nach der dritten Phase erfolgt im September 2017 die Entscheidung des IOC über die Stadt, die 2024 Schauplatz der Spiele sein soll, soweit es dann noch mehrere Bewerber gibt.

Die Inhalte der drei Berichte, die die Gastgeberseite vorzulegen hat, werden in dem umfangreichen Questionnaire aufgeführt, der auf die Umsetzung des HCC und dessen Requirements ausgerichtet ist.

Es geht um die technische Durchführung und Infrastruktur der Spiele selbst, aber auch um die wirtschaftliche Entwicklung sowie um politische Rahmenbedingungen. So soll Hamburg beispielsweise bis zum Februar 2016 detaillierte Informationen zu einer möglichen substanziellen oder organisierten Opposition gegen die Ausrichtung der Spiele und dem geplanten Umgang mit ihr geben. Und zum Februar 2017 wird gefragt, ob die Gesetze ggf. geändert werden könnten, um eine Sicherheitsoperation zu erreichen, die für die besonderen Um-

stände der Olympischen Spiele angemessen ist, sowie ob die Ressourcen der Streitkräfte dabei genutzt werden könnten.

Von zentraler Bedeutung sind die Garantien, die die Gastgeberseite abgibt und die verbindlicher Vertragsbestandteil werden, wenn die Stadt zur Host City erklärt wird. Verbindliche Garantien bedeuten, dass in der Regel Hamburg haften muss, wenn es sie nicht erfüllen kann. Der Rechnungshof verlangt in seiner »beratenden Äußerung« zu den Spielen, dass es bei der Abgabe von Garantien eine der finanziellen Höhe nach bestimmte Ermächtigung durch die Bürgerschaft geben muss.

Garantien werden generell zur Unterstützung der Olympischen Spiele durch alle Behörden gefordert sowie sehr detailliert zum rechtzeitigen und vollständigen Bau der Spielstätten und des Olympischen Dorfes, damit die Spiele wie geplant stattfinden können. Drei Themen stehen bei den weiteren Garantien im Vordergrund:

(1) Finanzen – wer zahlt was und haftet? Wie können Steuergesetze so gefasst oder angewendet werden, dass die IOC-Vertreter faktisch steuerfrei bleiben?

(2) Marketing – wie werden insbesondere die Partner des IOC bei ihren Werbungsmöglichkeiten begünstigt? Hamburg soll z.B. garantieren, dass es bedingungslos an den Marketing-Programmen mit den TOP-Partnern wie Coca Cola, McDonald's und dem Chemiekonzern DOW teilnimmt. Eine denkbare Einschränkung von Werbung wegen Gesundheitsbeeinträchtigung durch die EU oder die Hamburger Schulbehörde wären so nicht zulässig.

(3) Recht – wie werden die Planungen und das Recht in Einklang gebracht? Das kann dadurch geschehen, dass beispielsweise, wie ausdrücklich erwähnt wird, nicht in Naturschutzgebieten gebaut wird, möglich ist aber auch, dass das Recht an die Planungen angepasst wird, wie z.B. durch besondere Ausnahmeregelungen, Baurechtsvorschriften, Rechtswege- oder Fristverkürzungen.

### 3. Olympische Spiele und die Souveränität Hamburgs

Der Stadtsoziologe Walter Siebel hat untersucht, welche Wirkung Ereignisse wie eine Internationale Bauausstellung oder Olympische Spiele auf die Stadtpolitik haben können. Drei Kriterien sind für ihn entscheidend:

- Welchen Nutzen haben die Ereignisse bei gleichzeitigem Vergleich mit den Kosten?
- Wie verändern die großen Ereignisse die Prioritäten in der Stadtentwicklung?
- Wie weit haben die Städte selbst die Möglichkeit, die Ziele und Inhalte zu bestimmen?

Dies ist die Frage nach der Souveränität.

Die Position des Hamburger Senats ist: Kommt Olympia, dann wird der Hafen verlagert und es gibt einen neuen Stadtteil auf dem Kleinen Grasbrook – kommt Olympia nicht, bleibt das Gebiet Hafen. Damit macht Hamburg sich selbst abhängig vom IOC. Es gibt keine stadtpolitische Diskussion über die Hafen- und Stadtentwicklung, sondern eine Entscheidung für oder gegen die Spiele. In dem Prozess, der durch die vom IOC vorgegebenen Verträge bestimmt ist, wird lyrisch die vermeintlich segensreiche Wirkung auf die Stadtentwicklung

beschworen, die konkreten Entscheidungen aber sind allein daran orientiert, ob eine Maßnahme zur Auswahl Hamburgs als Olympiastandort beiträgt oder nicht.

Walter Siebel kommt zu dem Ergebnis: »Die geringsten Chancen für eine sinnvolle Entwicklung der Stadt eröffnen Ereignisse vom Typ Olympische Spiele. Das lokale Publikum liefert die Folklore, darüber hinaus spielt es kaum eine Rolle. Die Stadt wird zum bloßen Standort für ein Spektakel, das im Wesentlichen in den Medien stattfindet, wo der Austragungsort bestenfalls als Kulisse erscheint.«

Hamburg ist gerade dabei, seinen Schlüssel für die Stadtentwicklung an den IOC abzugeben.

### Dokumente

Host City Election Procedure: [www.olympic.org/host-city-elections/documents-reports-studies-publications](http://www.olympic.org/host-city-elections/documents-reports-studies-publications)

Gastgebervertrag Olympische und Paralympische Spiele – deutsche Übersetzung IOC, 2015, (im Transparenzportal Hamburg)

IOC, Olympic Charter, Fassung gültig ab 2.8.2015: [www.olympic.org/Documents/olympic\\_charter\\_en.pdf](http://www.olympic.org/Documents/olympic_charter_en.pdf)

IOC: Code of Ethics 2015, [www.olympic.org/Documents/Commissions\\_PDFfiles/Ethics/code-ethique-2015-en.pdf](http://www.olympic.org/Documents/Commissions_PDFfiles/Ethics/code-ethique-2015-en.pdf)

IOC, 2015: Implementing Provisions of the IOC Code of Ethics, Rules of Conduct for the Olympic Games 2024 Bid Process, [www.olympic.org/Documents/Commissions\\_PDFfiles/Ethics/Code\\_ethics\\_Rules\\_Conduct\\_Cities\\_2024\\_20042015.pdf](http://www.olympic.org/Documents/Commissions_PDFfiles/Ethics/Code_ethics_Rules_Conduct_Cities_2024_20042015.pdf)

IOC, 2012: 2020 Candidature Procedure and Questionnaire, [www.olympic.org/Documents/Host\\_city\\_elections/FINAL-2020-CPQ-May-2012x.pdf](http://www.olympic.org/Documents/Host_city_elections/FINAL-2020-CPQ-May-2012x.pdf)

Gesetz zum Schutz des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnungen, 2004 (Olympiaschutzgesetz): [www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/olympschg/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/olympschg/gesamt.pdf)

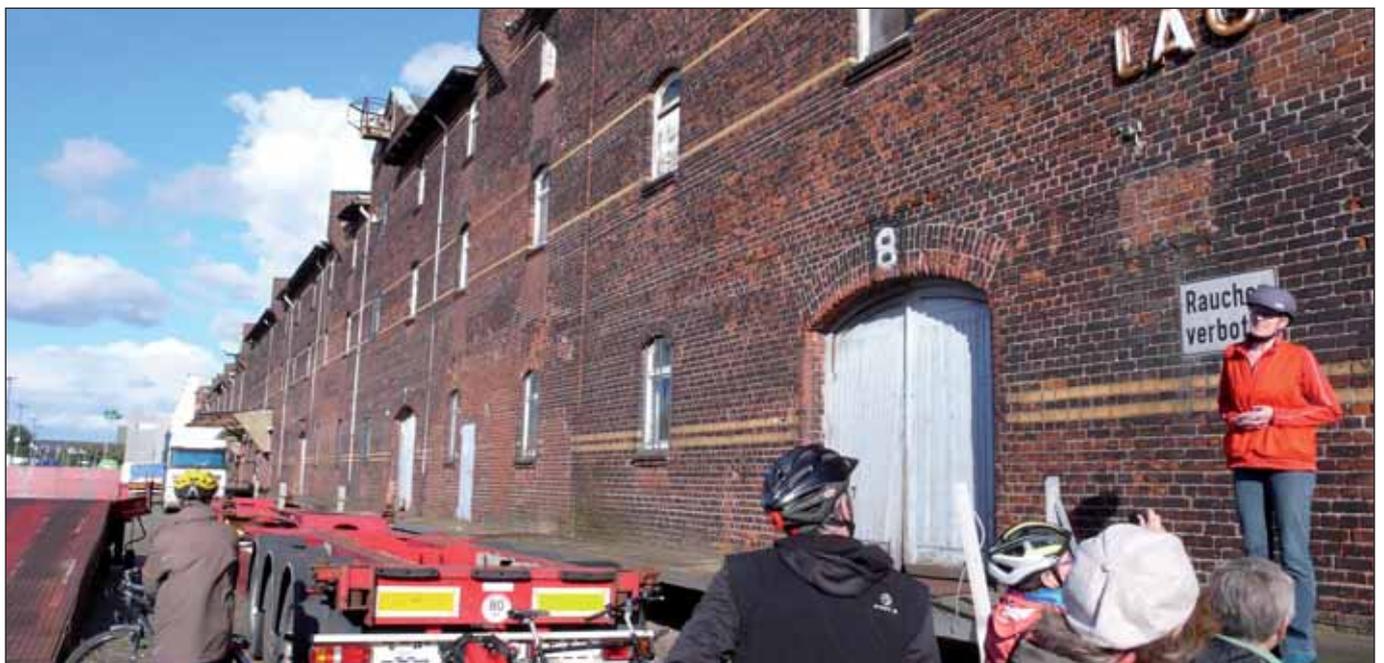
Werkvertrag zwischen FHH und ARGE 2024 (Albert Speer u.a.), Akte 380.37-25-4 (im Transparenzportal)

Siebel, Walter, 2010: Stadtpolitik mittels großer Ereignisse, in: Zeitschrift für Regionalwirtschaft 1/2010, S. 99-107, [www.nordlb.de/fileadmin/redaktion/analysen\\_prognosen/regiopol/RegioPol\\_1-2010.pdf](http://www.nordlb.de/fileadmin/redaktion/analysen_prognosen/regiopol/RegioPol_1-2010.pdf), S. 104f

Rechnungshof Freie und Hansestadt Hamburg, 2015: Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg – Vereinbarkeit mit einer nachhaltigen Finanzwirtschaft, September, [www.hamburg.de/contentblob/4595948/data/beraten-deaeusserung-2015-olympia.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/4595948/data/beraten-deaeusserung-2015-olympia.pdf)

## Olympia 2024 in Hamburg – der Lack blättert ab

Von Heike Sudmann



Olympiagelände in spe? KZ-Gedenkstätte Dessauer Ufer (M. Fisch)

Langsam, aber sicher verändern sich die Berichte und die Wahrnehmungen zur Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Spiele 2024. Bis zum vergangenen Sommer gab es fast nur positive Berichte, um nicht zu sagen Lobeshymnen auf die vermeintlich positiven Wirkungen von Olympia auf die Stadt Hamburg. GegnerInnen von Olympia hat-

ten es schwer, in den Medien ihren Niederschlag zu finden. Spätestens seit der Entwurf einer Stellungnahme des Rechnungshofs bekannt wurde, wendet sich das Blatt. Die obersten Hüter des Haushalts der Stadt hatten auf die Risiken der Olympischen Spiele hingewiesen, die sich u.a. aus dem Vertragswerk des IOC ergeben. In der am 8. September 2015 of-

fiziell herausgegebenen Fassung der Stellungnahme heißt es auf S. 35: »Die sich hieraus ergebende, nahezu vollständige Verlagerung aller Risiken, insbesondere auch der Haftungsrisiken, auf eine Gastgeberstadt führt zu einer deutlichen Unausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung. Diese wird dadurch verstärkt, dass eine Gastgeberstadt nach der bisherigen Vertragsgestaltung des IOC Planungsrisiken und Einflussnahmen ausgesetzt ist, die dazu führen können, dass es bei Infrastruktur- und Durchführungsmaßnahmen zu erheblichen Kostensteigerungen kommt.«

### **Rechnungshof hält an seiner Kritik fest**

In der anschließenden politischen Debatte verwies die rot-grüne Regierungskoalition gerne darauf, dass der Rechnungshof die Risiken noch gar nicht beurteilen könne, da das IOC sich ja reformieren wolle und daher auch die Verträge anders als bisher aussehen könnten. Tja, dumm gelaufen. Im September 2015 veröffentlichte das IOC den Vertragsentwurf für Olympia 2024. In der Sitzung des Sportausschusses erklärte der Rechnungshof auf meine Frage zu dem Vertragswerk: »Wir haben ... eigentlich trotz der in der Tat hier und da weicheren Formulierung keine wesentlichen Abweichungen zu dem Vorgängermodell gefunden - wesentlich in dem Sinne, dass die Stadt sich also anschließend sehr viel besser stehen würde, wenn sie zu diesen Bedingungen abschließen dürfte und nicht zu denen, die jetzt etwas Peking akzeptieren musste. Also da hat sich nicht viel geändert.« (Vgl. Wortprotokoll der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Sport und Olympia und sechs weiterer Ausschüsse vom 9.10.2015, S. 10/11)

### **Olympia-Finanzreport wenig glaubwürdig**

Es gibt ein erstes Zahlenwerk zu den Olympischen Spielen in Hamburg, wobei es sich hier um ein unvollendetes Werk handelt. Auf S. 8 des sogenannten Finanzreports heißt es nämlich, dass sich lediglich »ein guter Überblick über die Kostenpositionen und die erwarteten Erlöse« biete und dass es »sich ausdrücklich um eine Annäherung handelt«. Selbst der Senat hat sich bisher mit diesen Zahlen nicht befasst, vielmehr wurde der Finanzreport von der Senatskanzlei herausgegeben. König Olaf und seine Senatskanzlei haben es also nicht für nötig gehalten, sich die Zustimmung der SenatorInnen zu holen. Oder gibt es im Senat etwa Unstimmigkeiten und keine vorbehaltlose Zustimmung zum Olympia-Wahnsinn?

Zustimmen sollen jetzt erstmal die BürgerInnen. Wer jedoch geglaubt hat, er oder sie könne sich für eine Entscheidung beim Referendum auf belastbare Zahlen stützen, wird enttäuscht. Relevante Kostenfaktoren wie die Verlagerung der Hafengebiete vom Kleinen Grasbrook werden erst in den nächsten Monaten erarbeitet, auch das Mobilitätskonzept ist noch nicht fertig. Nicht berücksichtigt wurden z.B.

- die Risiken, wenn das IOC seine vertraglich gesicherten Rechte ausnutzt und z.B. weniger Geld aus seinen Einnahmen aus den Übertragungsrechten an die Stadt abführt. Das IOC behält sich nämlich vor, den bisher genannten Betrag von 1 Mrd. € für die Gastgeberstadt zu reduzieren,

»falls das IOC der Auffassung ist, dass es nicht die gesamten Einnahmen erhalten hat, welche aus den im Zusammenhang mit den Spielen abgeschlossenen Broadcast Agreements erwartet wurden« (s. Nr. 9 d des Host City-Vertrages);

- die an den HVV zu zahlenden Erstattungen für die kostenlose Nutzung des ÖPNV mit der Eintrittskarte (es geht immerhin um 6,3 Mio. Eintrittskarten und folglich auch um Millionenbeträge);
- die Folgekosten z.B. für Unterhalt und Betrieb der neuen Sportstätten.

Bei meinen Fragen im Haushaltsausschuss zu den vielen Risiken im Finanzreport kam schon fast gebetsmühlenhaft: »Frau Sudmann, Sie können natürlich immer die Risiken sehen und Angst vor Entscheidungen haben. Wir sehen die Chancen, wir wollen den Tiger reiten und wir bringen die Stadt voran.« Da kann frau immer wieder auf die Olympia-Gastgeberstädte der letzten 50 Jahre verweisen, die es mit Kostensteigerungen von durchschnittlich 100% zu tun hatten. »Hamburg ist eine Kaufmannsstadt, wir können rechnen«; pfeift es dann aus dem dunklen Wald. Als hätte es keine Elphi gegeben und als seien alle anderen Stadtregierungen zu doof.

Nicht begeistert ist bisher auch der Bund, der nach jüngsten Aussagen keineswegs so viel zahlen will, wie der Senat vorsieht. Bei den bisher angesetzten Gesamtkosten von 11,2 Mrd. € bricht mal eben mehr als die Hälfte der Finanzierung weg, das sieht nicht gut aus ...

Nicht belegen konnte der Senat im Haushaltsausschuss, wie er zu der Annahme kommt, dass die Olympischen Spiele einen positiven wirtschaftlichen Effekt auf die Stadt haben. Sollte es daran liegen, dass es keine Studien hierzu gibt? In dem am 13. Oktober 2015 veröffentlichten Papier Hamburger WissenschaftlerInnen aus Arbeitsbereichen wie Stadtplanung, Bauen, Soziales, Wirtschaft, Geographie, Umwelt und Kriminologie ([www.olympiakritik-aus-der-wissenschaft.de](http://www.olympiakritik-aus-der-wissenschaft.de)) ist unter der Überschrift »Olympische Spiele sind ein unkalulierbares finanzielles Risiko« zu lesen:

### **Positionspapier Hamburger WissenschaftlerInnen zerpfückt die Senatspläne**

»Olympische Spiele sind das finanziell riskanteste Großprojekt für Städte überhaupt. Es gibt keine konkreten Zahlen, die langfristig positive Effekte für Veranstaltungsorte belegen. Studien anderer Olympiastädte zeigen, dass erhoffte Zusatzeinnahmen für den Tourismus im Jahr der Spiele durch Verlagerungseffekte ausbleiben. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt werden die zusätzlichen Beschäftigungsbedarfe fast ausschließlich durch befristete Niedriglohnjobs gedeckt.«

Die WissenschaftlerInnen kritisieren die fehlende unabhängige Überprüfung der Szenarien, bewerten das Beteiligungsverfahren als weder ausgewogen noch ergebnisoffen, sehen die Gefährdung einer sozial gerechten Stadtentwicklung und zu erwartende Einschränkung von BürgerInnenrechten. Sie appellieren an Senat und Bürgerschaft, zu den genannten Risiken Stellung zu beziehen und damit den Ham-



burgerInnen zu ermöglichen, ihre Entscheidung zur Olympiabewerbung sachgerecht abwägen zu können.

#### **BUND: Spiele in Hamburg sind nicht umweltverträglich**

Zwei Tage nach den WissenschaftlerInnen hat der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) dem Senat am 15. Oktober einen weiteren kräftigen Dämpfer verpasst. Er empfiehlt ein »Nein« beim Referendum. Damit erteilt der bedeutendste Umwelt- und Naturschutzverband in Hamburg dem Senat eine klare Abfuhr. Dessen Aussage, Hamburg bekomme die nachhaltigsten Spiele, war schon immer problematisch, da viele frühere Gastgeberstädte dieselbe Behauptung aufgestellt hatten. In London z.B. wurde jedoch über die Hälfte der Nachhaltigkeitsmaßnahmen gar nicht oder nur unvollständig umgesetzt.

Der Hamburger Senat hat versucht, die Umwelt- und Naturschutzorganisationen frühzeitig über den »Dialogkreis Nachhaltigkeit« einzubinden. Doch klare Aussagen sind bisher nicht dabei herausgekommen. So erklärt der BUND auch: »Das Nachhaltigkeitskonzept enthält vorrangig unverbindliche Absichtserklärungen.«

Und zum Ende der Woche konnte der Senat dann auch noch in der »Hamburger Morgenpost« lesen, dass 88,8% der befragten HamburgerInnen nicht glauben, dass es bei den 1,2 Mrd. € als maximalen Kosten für Hamburg bleibt.

#### **Skepsis und Zweifel wachsen**

Auch an den Infoständen und bei den Diskussionsveranstaltungen in den Schulen mit den wahlberechtigten SchülerInnen ist zu merken, dass die kritischen Stimmen immer mehr und lauter werden. »Weshalb brauchen wir für die Stadtentwicklung Olympia?« ist eine der häufig gestellten Fragen. Die angebliche Beschleunigung der Stadtentwicklung überzeugt nicht, vielmehr erhöht sie die Skepsis vieler Menschen.

Völlig unverständlich ist für viele, weshalb sie am 29. November nach ihrer Meinung gefragt werden und diese dann aber nicht lange zählt, wenn sie »Ja« sagen. Olaf Scholz hat nämlich verkündet, dass es bis Februar 2016 mehr Klarheit bei den Finanzen geben und er dann entscheiden würde, ob die Stadt sich weiterhin bewirbt.

Wer bisher von Olympia nicht überzeugt ist und Zweifel hat, wie das zu bezahlen ist, und vor allem wer am Ende die Hamburger Zeche bezahlt, der/dem bleibt nichts anderes übrig, als am 29. November mit »Nein« zu stimmen.

Die soeben erschienene Ausgabe der **Backbord**, der vierteljährlichen Zeitung der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, widmet sich auf acht Seiten der Olympia-Problematik. Nachzulesen ist die Herbst-Nummer auch im Netz unter [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de).

## Kultur Tipp: 900 Tage Blockade von Leningrad



aus dem Film »Blokada« von Sergei Losniza

Vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944 währte die Blockade Leningrads durch die faschistische deutsche Wehrmacht und finnische Truppen. Mehr als eine Million BewohnerInnen der Stadt fanden dadurch den Tod, die allermeisten Opfer verhungerten im Gefolge einer brutalen Kriegsführung, die Leningrad, die Stadt der Sowjets, ausradieren wollte und bewusst den Tod Hunderttausender Zivilisten einkalkulierte.

Dieses in der Menschheitsgeschichte beispiellose Verbrechen ist Anlass für eine Ausstellung, die noch bis zum 15. November im Kunstverein Hamburg (Klosterwall 23) zu sehen ist. Junge KünstlerInnen aus St. Petersburg, Moskau und Hamburg (der Partnerstadt von St. Petersburg) präsentieren Ideen und Entwürfe für mögliche öffentliche Formen der Auseinandersetzung mit der Blockade Leningrads. 2014 hatte es bereits einen Workshop in St. Petersburg gegeben, um sich mit den damaligen Ereignissen zu beschäftigen, Gedenkstätten aufzusuchen und mit Überlebenden zu sprechen. Dies war der Ausgangsimpuls für Überlegungen, mit verschiedenen Projekten von Kunst im öffentlichen Raum des Schreckens und der Brutalität zu gedenken, sowohl in St. Petersburg als auch in Hamburg. Die Ausstellung trägt den Titel »900 & etwa

26.000 Tage« und verweist einerseits auf die Dauer der Blockade und andererseits auf die Zeit, die seitdem verstrichen ist. In Russland gilt die Blockade als eines der größten Verbrechen innerhalb der Weltkriegsgeschehnisse, in Deutschland dagegen ist sie nahezu vollständig aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden.

Begleitend zur Ausstellung gibt es eine kleine Filmreihe im Kommunalen Kino Metropolis (Kleine Theaterstraße 10). Es stehen noch zwei Aufführungen an. Am Montag, den 26. Oktober, wird um 19.00 Uhr der Film »Blokada« (Russland 2005/2006) gezeigt; im Anschluss gibt es ein Gespräch von Thomas Tode mit dem Regisseur Sergei Losniza. Am Donnerstag, den 12. November, wird ebenfalls um 19.00 Uhr Thomas Kufus' Film »Blockade (Deutschland 1992) präsentiert.

Veranstalter dieses Kooperationsprojekts sind das Goethe-Institut Moskau/St. Petersburg, die Rodschenko Art School Moskau, ProArte, St. Petersburg, die Hochschule für Bildende Künste, die Forschungsstelle für Zeitgeschichte und die Landeszentrale für politische Bildung. Weitere Informationen gibt es unter [www.kunstverein.de](http://www.kunstverein.de) und [www.goethe.de/ins/ru/mos](http://www.goethe.de/ins/ru/mos).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de](mailto:christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.